Die bevorstehende Reichstagswahl

Rede von August Bebel

gehalten auf dem Münchener Parteitage
am 19. September 1902

Berlin 1902

Verlag: Expedition der Buchhandlung Vorwärts
(Th. Glocke, Berlin).

Die laufende Legislaturperiode des Deutschen Reichstages hat am 16. Juni nächsten Jahres ihr Ende erreicht. In der bürgerlichen Presse ist die Frage aufgetaucht, ob dieser Schlußtermin, der 16. Juni, nach dem Wortlaut der Verfassung als der richtige angesehen werden kann, man hat in Rücksicht auf gewisse Pläne die Behauptung aufgestellt, daß die Legislaturperiode des alten Reichstags an dem Tage ende, an dem der neue Reichstag in seine erste Session eintrete. Aus den Erklärungen der offiziösen Presse aber geht hervor, daß die maßgebenden Kreise anderer Ansicht sind und an der bisherigen Auffassung festhalten, daß die neue Legislaturperiode mit dem Wahltage beginnt und nach fünf Jahren schließt. Nur das ist zweifelhaft, ob die Wahlen unmittelbar am 16. Juni 1903 stattfinden werden oder an einem späteren Termin. Welche Gründe die Regierung schließlich bestimmen werden bei der Festsetzung des Wahltages, kann niemand sagen, doch scheint es mir bei der Situation in der gesammten Kulturwelt äußerst unwahrscheinlich, daß eine Regierung, die sich die Dinge einigermaßen überlegt, die Verantwortung übernehmen wird, längere Zeit vergehen zu lassen zwischen dem Ende der Legislaturperiode und dem Wahltage eines neuen Reichstages; man kann nie wissen in diesem Zeitalter der Plötzlichkeiten, was hereinschneit an Ereignissen, die die sofortige Einberufung des Reichstages nöthig machen. (Lebhafte Zustimmung.) Ich glaube also, wir können damit rechnen, daß im Juni die allgemeinen Wahlen sein werden, wenn nicht, was nach gewissen Vorgängen der letzten Tage nicht ganz ausgeschlossen erscheint, sogar noch früher infolge einer Reichstags-Auflösung Neuwahlen nothwendig sein sollten.

Als der Kartell-Reichstag 1887 die Verlängerung der Legislaturperioden beschloß, da führten die Antragsteller als Grund an, man solle das Volk so wenig wie möglich an die Wahlurne rufen, das Volk sei müde, es wolle nicht so oft die Aufregung der Wahl. Die Antragsteller verwechselten offenbar ihre eigenen Bedürfnisse mit denen der Wähler, denn je seltener das Volk an die Urne gerufen wird, desto besser für die Gewählten. Je länger die Legislaturperiode dauert, desto leichter werden die Versprechungen vergessen, die man während der Wahlkampagne zu machen sich genöthigt sah. Selbstverständlich werden alle bürgerlichen Parteien sich bei Eintritt einer Wahl nach Möglichkeit hüten, daß dabei Fragen auftauchen, die geeignet wären, die Massen in ganz besondere Aufregung zu versetzen. Anders ist es, wenn die Regierung sich genöthigt sieht, den Reichstag nach Hause zu schicken. Nun besteht darüber kein Zweifel, daß der Zolltarif eine Frage ist, die im höchsten Maße geeignet ist, die ganze Bevölkerung, nicht nur eine einzelne Klasse, in Aufregung zu versetzen. Es werden durch diesen Entwurf die Interessengegensätze innerhalb der verschiedenen Klassen in einer Weise gegen einander wachgerufen, wie es bisher, so lange das Reich existirt, nicht der Fall war. Daher ist es verständlich, wenn die große Mehrheit des Reichstags den allerdringendsten Wunsch hat, eine solche Frage vor den nächsten Wahlen aus der Welt zu schaffen. Diese Auffassung hat den ganzen Sommer hindurch bei den maßgebenden Parteien bestanden. Aber es scheint, daß den Majoritätsparteien von einem großen Theil ihrer Wähler wider Erwarten ein Strich durch die Rechnung gemacht wird. Hier zeigt es sich einmal so klassisch, wie nie zuvor, wie recht die Sozialdemokratie mit ihrer Auffassung hat, daß es in erster Linie die materiellen Fragen sind, die die Basis des ganzen öffentlichen Lebens bilden. Die materiellen Fragen, die bei dem Zollgesetz-Entwurf alle Schichten der Bevölkerung, die

einen in dieser, die anderen in jener Weise berühren, haben es thatsächlich zuwege gebracht, daß namentlich auch von agrarischer Seite eine Agitation ins Werk gesetzt worden ist, die bis in die kleinsten Bauerndörfer, bis in die entferntesten Gebirgshöfe gedrungen ist und dort den Gedanken erweckt hat, jetzt sei es an der Zeit, daß das Reich durch große Maßnahmen die Landwirthschaft aus ihrer sogenannten Nothlage befreie. Ich will diese Noth der Landwirthschaft bis zu einem gewissen Grade nicht bestreiten, aber in dem Maße, wie sie behauptet wird, ist sie unter keinen Umständen vorhanden. (Sehr richtig.) Doch das hier nachzuweisen, ist nicht meine Aufgabe, darüber haben wir wiederholt gesprochen, wir werden bei Zusammentritt des Reichstages darüber sprechen, und ich hoffe, das letzte Wort werden die Wähler zu sprechen haben. (Sehr gut!) Ein großer Theil der Majoritätsparteien scheint jetzt selbst auf eine solche Gestaltung der Dinge hinzuarbeiten, daß die allgemeinen Wahlen über die Zollfrage zu entscheiden haben. Mit vollem Recht hat Auer neulich darauf hingewiesen, daß der Kampf gegen die maßgebendste Partei, das Zentrum, nicht so einfach ist, wie sich das mancher unter uns vorstellt. Das Zentrum ist aus verschiedenen sehr heterogenen Elementen zusammengesetzt. Es ist in Oberschlesien ganz anders als am Rhein und in Süddeutschland. Ganz recht. Aber der eigentliche Stamm der Zentrumsanhänger, das Bauernthum, die landwirthschaftlichen Berufsschichten sind sich über die Frage des Zolltarifs in ganz Deutschland vollkommen einig. Ob schlesischer Magnat oder polnischer Schlachzize, westpreußischer Bauer oder christlicher Bauernvereinler am Rhein und in Süddeutschland, in dieser Frage sind sie einig, da ist alles dieselbe Kouleur. Ja, noch mehr! Wir haben bei den Eingaben an den deutschen Reichstag anläßlich der Berathung des Zolltarif-Entwurfs aus landwirthschaftlichen Kreisen aus allen Gegenden Deutschlands die überraschende Thatsache erlebt, daß in Bezug auf agrarischen Forderungen die christlichen Bauernvereine am Rhein und in Süddeutschland die Maßlosigkeiten des Bundes der Landwirthe noch übersteigen. (Hört! hört!) Wir sehen, daß in der Forderung exorbitanter Getreidezölle das Zentrum einig ist. Wir haben aber auch weiter gefunden, daß die christlichen Bauernvereine am Rhein und in Süddeutschland sogar vielfach noch über die Forderungen des Bundes der Landwirthe hinausgehen. Es bewahrheitet sich hier wieder einmal, daß es keine egoistischere, rücksichtslosere, brutalere, aber auch keine bornirtere Klasse giebt als unsere Agrarier. (Sehr richtig!) Die Agrarier sehen zwischen sich und der städtischen Bevölkerung den denkbar schärfsten Gegensatz, für sie ist die gesammte städtische Bevölkerung eine einzige unterschiedslose Masse; aus der Thatsache, daß die Städte gepflasterte Straßen, Gas- oder elektrisches Licht, Theater, Kunstinstitute und dergleichen haben, schließen sie kurzer Hand daß es der städtischen Bevölkerung im Vergleich zu der agraraischen außerordentlich wohl gehe und daß es deshalb die verdammte Pflicht und Schuldigkeit der Regierungen sei, dafür zu sorgen, daß es auch ihnen auf Kosten der städtischen und industriellen Bevölkerung möglichst gut gehe. Dieser Gedanke hat sich so bei ihnen eingewurzelt, daß alle Bemühungen des Zentrums — und es liegt auf der Hand, daß die Zentrumsführer bemüht sind, mit der Regierung in friedlicher Weise die Frage zu lösen — ihr Ziel nicht erreichen. So hat vor einigen Tagen in Düsseldorf der rheinische Bauerntag mit großer Majorität eine Verständigung mit dem Bunde der Landwirthe beschlossen. Das bedeutet für das Zentrum einen härteren Schlag als alle Schläge, die es wegen seiner Zollpolitik von seinen ihm anhängenden Arbeitern erhalten hat. Auf der anderen Seite sehen wir, daß in demselben Rheinland, im Wahlkreis des Abg. Hitze, in München-Gladbach, Zentrumsmänner aller Richtungen zusammengetreten sind, um auf das energischste gegen das Benehmen der Zentrumsfraktion in der Zollfrage zu protestiren. Wir sehen also,, daß da, wo es sich um materielle Fragen handelt, auf die Dauer auch die Zentrumsleute nicht bei der Fahne zu halten sind. Naturgemäß will die städtische Bevölkerung von den

Zöllen nichts wissen, während nach Ansicht der Agrarier darin garnicht genug gethan werden kann. Sind doch auch bereits vor sieben Jahren einzelne Zentrumsabgeordnete mit aller Energie für die Verwirklichung des Antrages Kanitz eingetreten. Diese Gegensätze treten in der Zollfrage so scharf zu Tage, daß sie sich nicht mehr verkleistern lassen, und ein Theil der Arbeiter des Zentrums hat auch bereits gegen die alte Richtung Front gemacht. Das Zentrum, die maßgebendste Partei des Reichstages, ohne welche überhaupt keine Majorität zu erlangen ist, sieht im Reichstag vor einer Krisis, wie es sie noch nie erlebte und ich hoffe, daß es sie nicht überwindet, ohne daß dabei der Zentrumsthurm ins Wanken geräth. (Lebhafte Zustimmung.) Das Zentrum steht jetzt vor der Frage, was thun? Es muß sich sagen: Wir haben 300 000—400 000 Arbeiter auf der einen und 700 000—800 000 bäuerliche Wähler auf der anderen Seite, für wen sollen wir uns also entscheiden? Die Arbeiter, die trotz aller üblen Erfahrungen bis heute noch nicht zum Klassenbewußtsein erwachten, hofft das Zentrum auch ferner an der Nase herumführen zu können. (Sehr richtig.) Es hofft namentlich mit Hülfe der Kirche nach wie vor den weitaus größten Theil der katholischen Arbeiter in Abhängigkeit erhalten zu können. Mit dem Bauer ist das anders. Der Bauer sagt: „Jawohl, ich folge den Dienern der Kirche, so lange diese auch für mich sorgen. Thun sie das nicht, so gehen eben ihre und meine Interessen auseinander.“ Kurz und gut, die Bauern des Zentrums sind der Ansicht — das kann man ohne Uebertreibung sagen —, daß im Bund der Landwirthe ihre wirthschaftlichen Interessen am auskömmlichsten vertreten werden und deshalb neigen sich ihre Sympathien zu diesem. Aus diesem Grunde sieht sich auch das Zentrum immer mehr genöthigt, sich diesen Forderungen anzuschließen. Es ist ein durchaus natürlicher Prozeß, daß, wenn die Agrarfrage fernerhin eine Reihe von Jahren die Oeffentlichkeit in der bisherigen Weise beschäftigt, die verschiedenen Elemente innerhalb der agrarischen Bewegung sich mehr und mehr an einander schließen und wir eine große agrarische Partei bekommen, die auch geschlossen innerhalb des deutschen Reichstages auftritt. Wir Sozialdemokraten können das nur begrüßen: je schärfer die Gegensätze zum Ausdruck gelangen, desto besser für uns. (Sehr wahr!) Das Zentrum sieht sich vor die Frage gestellt, ob es 100 000 Arbeiter springen lassen soll oder sich der Gefahr aussetzen will, lieber viele 100 000 Bauern zu verlieren. (Sehr richtig!) Diese Frage ist beantwortet worden, wie sie beantwortet werden mußte: das Zentrum ist vor einigen Tagen im Reichstag zusammengetreten — 78 von seinen 106 Abgeordneten waren anwesend — und hat nach den Zeitungsberichten einstimmig beschlossen, es bei den Beschlüssen der Zolltarifkommission in erster Lesung zu belassen und nur hier und da gewisse Widersprüche in den gefaßten Beschlüssen zu einem Ausgleich zu bringen. Das schafft allerdings eine klare Position. Die offiziöse Presse und insbesondere auch die Regierungsvertreter haben es nicht daran fehlen lassen, mit allem Nachdruck zu erklären, daß sie die Hauptpositionen unter keinen Umständen ändern könnten, nur in kleinen Punkten, nicht in großen könne die Regierung mit sich handeln lassen. In der That können die Regierungen nicht weiter mit sich handeln lassen, denn die Regierungsvertreter müssen sich doch darüber klar sein, daß die Regierungsvorlage die äußerste Grenze dessen bildet, wobei überhaupt noch Handelsverträge abgeschlossen werden können. (Sehr richtig!) Aber auch hierbei nur noch unter sehr ungünstigen Bedingungen für die Industrie und die Masse der arbeitenden Bevölkerung! Diese schon jetzt in höchstem Maße ungünstige Basis noch ungünstiger gestalten zu wollen, hieße einfach Selbstmord treiben.

So sehr nun unsere Regierungen bemüht sind, die Interessen der herrschenden Klasse zu vertreten, so müssen sie sich doch sagen, daß bereits viele Millionen, und namentlich die große Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung, auch ihre ihre Interessen kennt und sehr genau darauf aufpaßt, wie regiert wird. Die Schädigung der Interessen dieser Massen muß eine ungeheure

Opposition hervorrufen. Wir sind der Meinung, und haben dieser Ansicht auch in Lübeck Ausdruck gegeben, daß der gegenwärtige Gesetzentwurf der Regierung eine so schwere Schädigung der Lebenshaltung der Arbeiter bedeutet, eine so schwere Benachtheiligung ihrer ganzen wirthschaftlichen Existenz in sich schließt, insbesondere auch für die Zukunft der wirthschaftlichen Entwickelung Deutschlands und in Bezug auf den Abschluß von Handelsverträgen so große Gefahren birgt, daß wir ihn mit allen Mitteln bekämpfen müssen. Nun hat aber die Kommission die Grundlage der Regierungsvorlage noch bedeutend verschlechtert. Sie hat in erster Linie die Getreidezölle sehr erheblich erhöht, nicht nur die Getreidezölle im Generaltarif, sondern auch in Bezug auf die Bindung. Während die Regierungsvorlage für Roggen und Weizen 5 Mark beziehentlich 5,50 Mark Mindestzoll per Doppelzentner verlangte, haben die Agrarier in der Kommission diese Mindestzölle noch erhöht und weiter hohe Minimalzölle für Gerste und Hafer aufgenommen, denen die Regierungen unter keinen Umständen ihre Zustimmung geben können. Die Zölle der Regierungsvorlage würden, wenn sie bei künftigen Handelsverträgen in Kraft treten, die Lebensmittel für die deutsche Bevölkerung in außerordentlicher Weise vertheuern. Wenn z. B. Roggen künftig einen Minimalzoll von 5 M. zu zahlen haben soll, so wird die deutsche Bevölkerung, da der Weltmarktspreis der Tonne Roggen durchschnittlich 100 bis 105 M., allerhöchstens 108 bis 110 M. beträgt, alsdann einen Zollzuschlag für Roggen zu zahlen haben, der den Preis der Tonne auf mindestens 155 M. treiben würde. (Hört! hört!) Wir haben schon im gegenwärtigen Augenblick bei einem Zollsatz von 3,50 die höchsten Getreidepreise der Welt. Kein Volk bezahlt sein Brot und Fleisch theurer als das deutsche. Die Regierungsvorlage geht noch weit über den bestehenden Zustand hinaus, sie hat eine viel höhere Grenze angenommen, als bisher im allgemeinen Tarif enthalten war; das gilt auch für Vieh aller Art, Fleisch und für alle übrigen Nahrungsmittel. Die Kommission hat aber nicht nur eine ganze Reihe von Lebensmittelzöllen noch weit über die Regierungsvorlage hinaus erhöht, sondern auch eine Reihe von Positionen neu aufgestellt, die selbst die Regierungen im Interesse der allgemeinen Volksernährung von Zöllen freizulassen sich genötigt sahen.

Wenn wir es in einer solchen Situation nicht verständen, um jeden Preis, koste es was es wolle, mit allen zuläßigen Mitteln dahin zu wirken, daß das deutsche Volk selbst Gelegenheit bekomme, zu sagen, wie es über diesen Tarif denkt, so würden wir uns der allerschwersten Pflichtverletzung schuldig machen. (Zustimmung.) Wir würden Verrath an unseren Wählern üben, und wenn als Antwort auf unseren Verrath unsere Wähler uns bei den nächsten Wahlen gründlich durchkrachen ließen, so wäre das die rechte Antwort. (Sehr richtig!) Bei so außerordentlich wichtigen Lebensfragen, wie sie hier durch den Zolltarif zur Entscheidung gebracht werden, muß das Volk seine Meinung zum Ausdruck bringen können. Wir werden also alles aufbieten, damit der Zolltarif zur Wahlparole der nächsten Reichtagswahlen werde. Wie wir das im Reichstage anstellen, darüber haben wir hier selbstverständlich nichts zu sagen (Heiterkeit und Beifall), daß wir es aber fertig bringen, wenn wir wollen, darüber ist gar kein Zweifel. (Lebhafter Beifall.)

Nun steht die Sache so — und dadurch verbessert sich unsere Position nicht wenig — daß wir offenbar Bundesgenossen von der anderen Seite, vom extremen Agrarierthum, bekommen. Die Agrarier verlangen noch mehr, sie sind mit den Beschlüssen der Kommission noch nicht zufrieden. Wenn es nun in der zweiten Lesung der Kommission bei den Beschlüssen der ersten Lesung bleibt, so können die Regierungen diesen Entwurf nicht annehmen. Wenn wir nun im Oktober im Plenum zur Berathung kommen und in der eklatantesten Weise sich herausstellt, daß die Reichstagsmehrheit mindestens das verlangt, was die Kommissions-Majorität in ihren Beschlüssen gut geheißen hat, so könnte eine parlamentarisch

handelnde Regierung nichts Anderes thun, als daß sie einen Reichstag, mit dem nicht mehr auszukommen ist, auflöst, nach Hause schickt und einen anderen Reichstag wählen läßt. (Sehr richtig.) Dieser Moment kann eintreten; lebten wir in einem konstitutionell regierten Staate, so würde er sogar eintreten, so bestimmt wie zweimal zwei vier ist. Wir würden uns also dann auf eine Reichstags-Auflösung in Oktober einrichten und uns so rasch wie möglich auf die Wahlen vorbereiten müssen. Auf alle Fälle müssen wir eine solche Möglichkeit im Auge behalten. Es kann sein, daß die Regierungen, zur Verzweiflung getrieben, sich fragen, ob nicht angesichts der argrarischen Opposition ein neuer Reichstag zu stande kommen könne, der in seiner Mehrheit minder agrarisch ist als der jetzige. Diese Lösung der Frage ist möglich und wenn diese Lösung nicht kommt, müssen wir sie herbeizuführen suchen.

Nun ist neuerdings die Situation noch wesentlich komplizierter geworden, und zwar abermals zu unseren Gunsten. Hier gilt einmal wieder das bekannte Wort des Abgeordneten Gröber, das eine Jahrzehnte lange Erfahrung für sich hat: die Sozialdemokratie hat stets riesiges Schwein! (Große Heiterkeit.) Wir befinden uns in der denkbar angenehmsten Situation. Erfüllt die Regierung eine Forderung von uns, dann haben wir gewonnen und wir rühmen uns dessen; erfüllt sie unsere Forderungen nicht, dann hauen wir auf sie los und machen ihr mit dem besten Erfolge Opposition. (Heiterkeit.) Was immer sie macht, sie kommt bei uns nicht auf ihre Rechnung, schließlich schlägt alles zu unserem Vortheil aus. So auch jetzt wieder. Die Situation hat sich noch durch die Fleischnoth verschärft, die in den letzten Wochen und seit Monaten in immer akuterer Gestalt hervorgetreten ist. Daß diese Situation kommen mußte, darüber konnte kein Zweifel bestehen. Es ist nur gut, daß sie gerade jetzt kommt. (Sehr richtig!) In diesem Moment, wo ein ganzer Komplex von Fragen der bedenklichsten Art auf der Tagesordnung steht. Die Fleischnoth mußte kommen aus dem einfachen Grunde, weil die deutsche Landwirthschaft, so lange sie nicht in allen ihren Zweigen auf der höchsten technischen Stufe betrieben wird, niemals im stande sein kann, den Bedarf der Bevölkerung an Nahrungsmitteln aus eigenen Kräften zu decken. Ich habe erst in den letzten Wochen darüber sehr interessante Ausführungen, die von sachverständiger agrarischer Seite gemacht wurden, gelesen. Kein Zweifel, daß mit Hilfe der modernen Technik es in Bezug auf den Getreidebau wie in Bezug auf die Viehzucht möglich sein würde, falls der gesammte deutsche Grund und Boden mit allen von der Wissenschaft anerkannten Mitteln bewirthschaftet würde — das ist aber nur möglich in einer sozialistischen, nicht in einer kapitalistischen Organsation —, für rund 150 Millionen Deutsche Nahrungsmittel zu liefern. Heute aber reicht die Produktion nicht einmal für 56 Millionen. Diese Berechnung ist von Männern, die Großagrarier sind, angestellt worden. Die gegenwäretige deutsche Landwirthschaft ist unfähig, die nöthige Masse von Nahrungsmitteln zu erzeugen sowohl in Bezug auf Brotgetreide wie auf die übrigen Lebensmittel, besonders auch die Fleischnahrung. Dazu kommt die Vermehrung der deutschen Bevölkerung um durchschnittlich 750 000 Köpfe jährlich, die nicht in der Landwirthschaft, sondern in den übrigen Klassen der Gesellschaft ihr Unterkommen finden. Wir sind also darauf angewiesen, einen großen Theil unseres Nahrungsmittelkonsums durch Zufuhr vom Auslande zu decken. Die gegenwärtige Fleischnoth ist nun auf das höchste verschärft durch die Sperrmaßregeln, die im Wege der Verordnung eingetreten sind, und zweitens die Maßregeln, die durch das famose Fleischbeschaugesetz eine gesetzliche Grundlage erhalten haben. Mir war es schon bei der Berathung des Fleischbeschaugesetzes völlig klar, daß wir in Bezug auf die Volksernährung vor einer Katastrophe ständen. Die Vollmachten, die die Regierungen auf Grund dieses Gesetzes bekommen haben, ließen das als selbstverständlich erscheinen. Der Konsum der Bevölkerung an amerikanischen Pökelzungen, amerikanischem Pökelfleisch, ferner dem sogenannten

Corned beef, an Würsten usw. ist im Laufe der Jahre enorm gewachsen. Die Einführung aller dieser Artikel nach Deutschland wird jetzt unmöglich gemacht. Schon seit vielen Jahren ist die deutsche Wurstfabrikation ganz außer stande, die Massen von Zungen, Lebern und Lungen, die sie gebraucht, aus dem Inlande zu decken. Mit dem 1. April 1903 hört die Zufuhr aller dieser Artikel ebenfalls auf. Weit entfernt also, daß die Fleischtheuerung schon gegenwärtig ihren Höhepunkt erreichte, sie wird vielmehr noch verschärft werden. Diese Vertheuerung wird eintreten, trotzdem infolge der Krisis die Arbeiter in ihrer Konsumfähigkeit an Fleisch ganz erheblich beschränkt sind. (Sehr richtig!) Hier stellt sich nun ein anderes wichtiges Moment ein. Durch die Brotvertheuerung, die die Arbeiter sehr drückt, werden die wohlhabenderen Klassen nicht in dem Maße berührt. Wenn man prüft, wie viel Brot in einer wohlhabenden Familie im Vergleich zum Fleisch verzehrt wird, so stößt man auf ein arges Mißverhältniß. Der Fleischbedarf ist hier recht erheblich größer als der Brodbedarf. (Sehr richtig.) Jetzt bei der Fleischtheuerung wird aber auch der Mittelbürger empfindlich getroffen und da wird er rebellisch. Und die städtischen Vertretungen dieses Mittelbürgers, die bisher gegenüber der Erhöhung der Getreidezölle sich kaum bemerkbar gerührt haben, rühren sich jetzt überall und fassen gegen die Fleischnoth Resolutionen von einer Energie und Klarheit des Wortlautes, wir wir es seit langen Jahren von ihnen nicht gewöhnt waren. (Heiterkeit.) Ich verstehe nur nicht, daß die Regierungen diese Sachlage nicht begreifen, darnach handeln, aber es bleibt ewig wahr das Wort des alten Oxenstjerna: Du glaubst nicht, mein Sohn, mit wie wenig Verstand die Welt regiert wird. (Sehr gut! und große Heiterkeit.) Hier hätten die Regierungen allerdings die Möglichkeit, in erheblichem Maße einen mildernden Einfluß auszuüben, aber sie thun es nicht aus Angst vor den Agrariern. Wir bedauern, daß weite Schichten der Bevölkerung schwer unter diesen Umständen leiden müssen, aber wir freuen uns auch auf der anderen Seite, daß wenigstens politisch daraus Folgen erwachsen, die Denjenigen, die solche Maßregeln gutheißen und in derem Interesse sie liegen, für die Zukunft sehr schlecht bekommen werden. Es kommt noch ein anderer Gesichtspunkt hinzu: die Herren von der Regierung erklären: diese Maßregeln sind im allgemeinen Gesundheitsinteresse nothwendig, das ausländische Vieh bedroht unseren Viehstand und die Gesundheit der Menschen. Wir sind nicht gewohnt, daß unsere hohen regierenden Herren, unsere von Gott eingesetzten Obrigkeiten, in so vorsorglicher Weise um das Wohl und die Gesundheit der arbeitenden Klassen bekümmert sind. Auch liegt doch die Frage nahe: wenn diese Einfuhr von Vieh- und Fleischprodukten so große Gefahren für die Gesundheit der deutschen Bevölkerung haben soll, warum in aller Welt können denn die anderen Völker diese Produkte sehr gut vertragen, ohne an ihrer Gesundheit Schaden zu nehmen? (Sehr gut!) Das amerikanische Büchsenfleisch z. B. wird in der Schweiz, in Belgien, Holland und besonders in England in großen Quantitäten verzehrt und man befindet sich dort dabei so gesund wie ein Fisch im Wasser. (Heiterkeit.) Auch hat die deutsche Marine zum Aerger der Agrarier große Quantitäten amerikanischen Fleisches in ausländischen Häfen aufgekauft und die deutschen Marinesoldaten befinden sich bei dem Konsum desselben sehr wohl. Aber wenn wir Reichsdeutschen das Fleisch genießen, so ist unsere Gesundheit im höchsten Grade bedroht. Wenn wir also den Regierungen ins Gesicht sagen, daß wir an der Aufrichtigkeit ihrer Vorsorge nicht glauben, so können sie uns das nicht übel nehmen. Bisher wenigstens sind die Regierungen unserer fortgesetzten Forderung, statistische Belege für ihre Behauptungen zu bringen und die Erkrankungen nachzuweisen, in keiner Weise nachgekommen.

Sehr große Nachtheile erwachsen für die Arbeiterklasse aus diesem Komplex von Maßregeln. Auf der einen Seite vertheuern Zoll und Sperrmaßregeln dem Arbeiter und der nicht agrarischen Bevölkerung die Lebenshaltung, auf der

anderen Seite hat die Sachlage ein ebenso bedenkliches Gesicht, insoweit es sich auf die Einwirkung aller dieser Maßregeln auf die internationalen und insbesondere die handelspolitischen Beziehungen handelt. Ich kann hier nur in aller Kürze auseinandersetzen, wie die Entscheidungen der Zoll-Kommission, die aller Voraussicht nach die Zustimmung des Reichstags-plenums finden werden, auf den Abschluß künftiger Handelsverträge wirken müssen. Von allen Nationen, mit denen wir gegenwärtig in intimen Handels-beziehungen stehen, giebt es keine einzige, die nicht in ihren Lebensbedingungen durch die Erhöhung der deutschen Zölle sowohl auf Lebensmittel wie auf Industrieprodukte geschädigt und dadurch genöthigt wird, ihrerseits die Be-dingungen für den Abschluß von Handelsverträgen mit uns in einer weit un-günstigeren Weise zu formulieren als bisher. Der Zoll auf Gerste, auf Hafer, auf Mais usw. ist noch erhöht worden, über die Regierungsvorlage hinaus, ebenso der Eier-, der Butter-, der Geflügelzoll usw. Obstzölle, die wir früher gar nicht kannten, sind eingefügt worden. Wenn wir nun z. B. mit Rußland in Handelsvertrag-Verhandlungen eintreten, so werden der russische Roggen, die russische Gerste, die russische Schweine-Ausfuhr, soweit sie nicht schon durch die Einfuhrverbote getroffen wurde, ebenso russisches Holz, Eier, Geflügel in einer Weise mit Zöllen belegt, daß die russische Regierung sich sagen muß: Unter solchen Bedingungen sind die bisherigen Handelsbeziehungen nicht mehr möglich! Sie wird also selbstverständlich antworten mit entsprechend erhöhten Zöllen auf diejenigen Artikel, die wir bisher in Mengen nach Rußland ausgeführt haben. Das sind hauptsächlich Industrieartikel: Maschinen, Textil-waaren, chemische Artikel usw. Diese Ausfuhr wird so gut wie vollständig ab-geschnitten werden. Was das für Folgen für die betroffene Industriebevölkerung, zumal in einer Periode der Krise, von der vorläufig kein Ende abzusehen ist, haben muß, brauche ich Ihnen nicht erst auseinanderzusetzen. (Sehr richtig.) Weiter: Oesterreich-Ungarn ist mit bedeutenden Beträgen an der Einfuhr von Gerste, Hopfen, Jungvieh, und speziell Ungarn an der Einfuhr von Eiern, Geflügel usw. interessiert. Auch diese Einfuhr wird durch die exorbitanten Zölle unseres Zolltarifes künftig sehr erschwert werden und es ist selbstverständlich, daß Oesterreich-Ungarn Repressalien ergreift. Gegenüber der Schweiz ist die Einfuhr von Käse, Butter, Vieh, Seidenstoffen, Maschinen usw. mit sehr erhöhten Zöllen bedacht worden und so ist selbstverständlich, daß man von jener Seite entsprechend antwortet. Die Schweiz hat bereits ihren Gegenentwurf aus-gearbeitet und wer ihn sich angesehen hat, muß sagen: Das ist die Antwort! Aber auf dieser Basis Handelsverträge abzuschließen, muß sowohl dem Schweizer wie dem deutschen Volke zum größten Schaden gereichen. Aehnlich steht es gegen-über Italien, das sich durch die sehr erhöhten Zölle auf Weine, Südfrüchte, Blumen, Eier, Geflügel usw. beschwert fühlt und bereit ist uns mit gleicher Münze zu dienen. Weiter tritt mit jedem Tage mehr hervor: Die Frage einer andern Regelung unserer Handelsbeziehungen zu Nordamerika. Wir haben bis-her von Nordamerika ungeheure Quantitäten von Weizen, Mais, Fleisch aller Art und namentlich auch Petroleum bezogen. Jetzt soll auch der Petroleumzoll stark erhöht werden, obgleich Petroleum doch nicht von den Agrariern in Deutsch-land produziert wird. Dazu kommt, daß dieser Zoll ganz wesentlich die ärmeren Klassen, insbesondere auch unsere Handwerker und Hausindustriellen belastet. (Sehr richtig.) Gas und Elektrizität hat der Wohlhabende und die Gemeinden und Gesellschaften sind bestrebt diese Beleuchtungsstoffe nach Mög-lichkeit zu verbilligen. Aber dem kleinen und armen Mann soll sein Leuchtstoff noch künstlich vertheuert werden, so wollen es Regierung und Agrarier. Der Mais ist ein für unsere Vieh- und Geflügelzucht sehr wichtiges Produkt. Nun ist auch der Maiszoll in einer Weise erhöht worden, daß damit unsere Vieh- und Geflügelmast fernerhin schwer belastet wird. Ich habe mir bis heute den Kopf vergeblich darüber zerbrochen, weshalb man hohe Zölle auf Produkte legt,

ohne die die deutsche Landwirthschaft selbst nicht auskommen kann. Es werden ferner durch die erhöhten Zölle Holland und Dänemark auf das schwerste geschädigt. Die Schweiz, Holland und Dänemark sind aber die drei Länder, mit denen wir in einer Handelsbilanz leben, wie das Ideal der Agrarier ist, d. h. unsere Ausfuhr nach diesen Ländern übertrifft bei weitem das uns von ihnen Gelieferte. Auch diese drei Länder werden aufs schwerste durch die neuen Zölle getroffen.

Diese summarische Uebersicht zeigt, Parteigenossen, was zur Entscheidung steht und daß es nicht zur Entscheidung kommen darf, ohne daß das Volk befragt wird. Das Volk muß durch die Wahl erklären, ob es diese Umkehr aller Verhältnisse und die daraus resultirenden Lasten auf sich nehmen will. Dafür muß unter allen Umständen gesorgt werden. Das allein rechtfertigt es schon, daß wir einen Wahlkampf herbeizuführen suchen und in diesem unsere vollste Schuldigkeit bis zur völligen Erschöpfung unserer physischen und materiellen Kräfte thun müssen. (Lebhaftes Bravo.)

Im Laufe der nächsten Legislaturperiode werden noch andere wichtige Fragen in den Vordergrund treten. Die Finanzverhältnisse des Reiches befinden sich in äußerst trauriger Verfassung. (Sehr richtig!) Durch Erhöhung der Matrikularbeiträge ist nichts mehr zu holen, auch die Einzelstaaten leiden am finanziellen Dalles. (Heiterkeit.) Sie wissen nicht, wie sie die eigenen Ausgaben decken sollen. Wir wüßten's freilich, aber wir haben nichts to seggen, die Steuergesetze macht die Mehrheit, machen die Vertreter der herrschenden Klassen. Daß dieselben den eigenen Geldbeutel schonen, ist das oberste Gesetz der Klassenherrschaft. (Lebhaftes sehr richtig!) Daran können wir nichts ändern, nur aufklären müssen wir diejenigen, die das noch nicht wissen. (Sehr gut.) Die Finanzfrage wird auch wichtig werden für die kommende Wahlagitation. 1878 wurde beim Zolltarif auf Betreiben des Zentrums die lex Frankenstein eingefügt. Sie bestimmt, daß alles, was an indirekten Steuern und Zöllen über 130 Millionen Mark jährlich eingeht, an die Einzelstaaten nach Maßgabe ihrer Bevölkerungsziffer vertheilt werden muß. Aus diesem Ertrag sollten alsdann die Einzelstaaten ihre Matrikularbeiträge bezahlen. Die lex Frankenstein wurden hauptsächlich eingeführt, um das Budgetrecht des Reichstags zu sichern, damit die Regierungen nicht ohne Zustimmung des Reichstags Ausgaben machen könnten. Damals war man auch der Meinung, daß die Einzelstaaten mehr bekommen würden, als sie an Matrikularbeiträgen an die Reichskasse zu bezahlen hätten. Während einer Reihe von Jahren war das auch der Fall. Im Reichstag aber hat man, seit die wunderbar diplomatische Partei, das Zentrum, die Macht in Händen hat, wie ein Schuldenmacher und Bankrotteur gewirthschaftet. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn es möglich wäre, dem Reichstage einen Kurator zu stellen, so wäre es sehr angebracht. (Heiterkeit und lebhafte Zustimmung.) Die Majorität wirthschaftet wie eine Gesellschaft leichtfertiger Verschwender darauf los und entdeckt erst nachher, daß keine Einnahmen zur Deckung der Ausgaben vorhanden sind. Die Reichseinnahmen haben sich zwar erhöht, aber Marinismus und Militarimus sind Ungeheuer, die sich immer dicker fressen, das Reich auspowern und seine Kassen leer machen. (Sehr richtig.) Das war so selbst in den Jahren der größten Prosperität. Die Einnahmen sind sehr gestiegen, die Ausgaben aber noch viel mehr. In den Jahren des reichsten Ueberflusses ist nicht nur der Ueberfluß verzehrt, sondern Schulden sind dazu gemacht worden. Beim Regierungsantritt des jetzigen Herrn beliefen sich die Reichsschulden auf ungefähr 800 Millionen, 1902/3 wird die Schuldenlast auf 3000 Millionen steigen. In diesen 14 Jahren werden wir also 2200 Millionen Mark neue Schulden machen, neben und trotz der kolossalen Mehreinnahmen. Wie das Finanzverhältniß zu den Einzelstaaten sich geändert hat, zeigt z. B. Sachsen. Vergleichen wir die Ueberweisungen mit den Matrikularbeiträgen, so hat es empfangen 1898 33 878 500 M. und gezahlt 33 046 600 M., es hatte also einen Ueber-

schuß von 800 000 M., 1899 empfing es 34 551 000 M. und zahlte 34 465 300 Mark, der Ueberschuß war also fast verschwunden, 1900 empfing es 36 840 000 Mark, und zahlte 38 144 500 M., 1901 und 1902 war das Verhältniß ebenso. Sachsen legt jetzt fast drei Millionen zu. So ist es bei allen deutschen Staaten, sie haben mehr an die Reichskasse zu zahlen, als sie an Ueberweisungen erhalten. Nun ist Holland in Nöthen, man weiß nicht aus noch ein und die allerdringendsten Kulturaufgaben leiden in unerhörter, in skandalöser Weise Noth. (Sehr richtig!) Bereits im vorigen Jahre hat bei der Aufstellung der Etats der Schatzsekretär zugegeben, er habe bereits circa 57 Millionen von den Forderungen gestrichen, die an ihn herangetreten seien. Aber diese Forderungen sind deshalb nicht endgiltig beseitigt, sie kommen wieder und neue hinzu. So marschiren wir, selbst wenn die 190 Millionen neuer Einnahmen aus den Zollerhöhungen hinzukommen, dem dauernden Defizit entgegen. Dann hat der Reichstag selber noch den Rothstift genommen und 25 Millionen gestrichen, um neuen Schulden zu entgehen. Aber eine böse Rechnung kommt noch hinten nach, es stellte sich heraus, daß wir für 1901 einen sehr ungünstigen Finalabschluß in der Reichskasse haben. 21 Mill. M. sind mehr verausgabt worden, als der Reichstag bewilligte, und über 27 Millionen M. sind weniger eingekommen, als veranschlagt waren. Das ist ein Defizit von über 48 Millionen M., das die Einzelstaaten nachträglich zu decken haben. Die Etatsüberschreitungen sind ein grober Unfug, der trotz aller Beschlüsse immer mehr zunimmt; früher wurde in solcher Weise nicht gewirthschaftet, wahrlich, man fängt an eine Art Respekt vor Bismarck zu bekommen. (Heiterkeit.) So lange er am Ruder war, war es anders, aber jetzt sind wir modern — nach verschiedenen Richtungen hin und andererseits erinnert Vieles an die Vergangenheit, an das Rom der Cäsaren. (Sehr gut.) 1902/1903 werden die Verhältnisse nicht günstiger werden. Wir werden mit einem Defizit von circa 100 Millionen zu rechnen haben.

Trotzdem treten immer neue Ansprüche auf. Wir haben die Erfahrung gemacht, daß unsere in den 70er Jahren mit hunderten von Millionen bezahlten Festungen vollständig unbrauchbar geworden sind. Sie taugen nichts mehr, sie können in keinem modernen Kriege mehr standhalten. Die Franzosen haben es klüger gemacht. Gewitzigt durch die Erfahrungen des Krieges von 1870/71 haben sie Sperrforts gebaut, eine Reihe riesiger Erdwerke, hinter denen ganze Armeen den stärksten Feind ruhig erwarten können. Damals haben unsere Generale über diese Sperrforts gelacht, jetzt machen wir sie den Franzosen nach. Metz, Köln, Straßburg, Königsberg, Posen sollen freigelegt werden, über halbe Provinzen sollen Sperrforts gezogen und mit Positionsgeschützen neuester Konstruktion versehen werden, die auch wieder hunderte von Millionen kosten werden. Ein Theil der Kosten dürfte durch den Verkauf der freiwerdenden Festungsterrains aufgebracht werden, aber der Rest muß aus Reichsmitteln gedeckt werden. Ueber die Kanonenfrage haben wir schon in Hamburg gesprochen. Die fremden Militärattachés wurden 1898 durch die neuen Geschütze der deutschen Artillerie, die plötzlich vorgeführt wurden, überrascht. Gefreut hat man sich damals wie die Kinder über die verblüfften Gesichter der Militärattachés. Jetzt aber stellt sich heraus, daß die neuen Kanonen zwar besser sind als die alten, aber bereits wieder überholt. Das Geschütz der Franzosen übertrifft das unserer Artillerie bei weitem. Kein Zweifel, sie sind uns mit dieser wichtigsten Waffe in einem Kriege voraus. Das ist wieder eine Folge unserer Uebereilung. Bei uns können gewisse Dinge nicht rasch genug verwirklicht werden; wenn bei uns ein Gedanke kommt, muß er gleich in der nächsten Stunde ausgeführt werden. (Heiterkeit.) Es handelt sich hier um sehr mächtige Einflüsse. Die Budgetkommission war seiner Zeit verpflichtet worden, nichts über die Neubewaffnung der deutschen Artillerie in der Oeffentlichkeit verlauten zu lassen. Wir haben das Staatsgeheimniß gewahrt; mögen sie immer von der Vaterlandslosigkeit der Sozialdemokratie reden, was wir als Männer zu thun haben, das wissen

wir selbst. (Bravo!) Also wir haben das Geheimniß bewahrt, aber mittlerweile ist der Zustand der deutschen Artillerie bekannt geworden, und es steht heute fest, daß die neue deutsche Artillerie, die zirka 170 Millionen kostete, nicht auf der Höhe der Zeit steht, und daß wir vielleicht sehr bald eine neue Artilleriebewaffnung haben müssen. Dazu kommt, daß immer eine Erfindung die andere treibt. Erst gestern las ich, daß in England ein Marinegeschütz erfunden sein soll, das alles andere in Schatten stellt. Ich weiß nicht ob es wahr ist; ist es aber wahr, dann erwachsen uns auch nach dieser Richtung neue Ausgaben. Weiter heißt es auf einmal, wir brauchen eine Verstärkung der Kavallerie, nicht etwa aus militärischen Gründen, sondern zur Bekämpfung des Polenthums. Wir müssen Kavallerie-Regimenter in die Städte des Ostens legen, um den kleinen deutschen Handwerkerstand zu stärken. (Heiterkeit.) Ja, warum nimmt denn nicht der preußische Staat aus seinem Polenfonds die Mittel dazu? (Sehr gut!) Doch wir wissen, daß, wenn eine neue Kavallerievorlage kommen sollte, andere Gründe, als die angeführten, dafür maßgebend sind. Daß eine neue Vorlage kommen wird, wissen wir schon seit Jahren, dafür spitzen wir in der Budgetkommission unsere Ohren. Schon aus Anlaß des Borenkrieges sprach man von der Nothwendigkeit einer Vermehrung der Kavallerie. Wir sind dem sofort entgegengetreten und haben gesagt, daß der Boerenkrieg gerade das Gegentheil bewiesen habe. (Sehr richtig!) Nicht eine Vermehrung, sondern eine Verminderung der Kavallerie sei angebracht. Aber wir wissen auch, daß es mächtige und einflußreiche Kreise giebt, die von je in der Kavalleriewaffe die vornehmste Waffe sahen und auf die Vermehrung drängen. Das sind in erster Linie unsere Junker mit ihren Hintermännern. Diese Vorliebe für die Kavallerie zeigte sich auch wieder bei den Kavallerie-Manövern, wie solche erst kürzlich bei Frankfurt a. O. stattgefunden haben. Auswärtige Offiziere freilich haben gemeint, es sei sehr schön, nur wäre es kein Krieg gewesen, mit anderen Worten: würde man im Ernstfall so vorgehen wollen, so könnte das ein militärisches Debacle herbeiführen, gegen das alles Bisherige ein Kinderspiel ist. (Sehr richtig!) Darüber, daß so nicht gekämpft werden kann, wie bei Frankfurt mit Kavalleriemassen gekämpft wurde, herrscht in der ganzen Welt bei Laien und Sachverständigen nicht der geringste Zweifel. Es geht eben nicht mehr bei den modernen Feuerwaffen, daß man mit Kavalleriemassen auf unerschütterte Infanterie oder Artillerie anstürmt und sie niederzurennen hofft. Wer das in einem künftigen Kriege versuchen wollte, der wäre verloren.

Es steht also außer jedem Zweifel, die neue Kavallerieforderung wird kommen und es werden uns gewaltige Mehrausgaben erwachsen. Damit noch nicht genug. Der Boerenkrieg hat den Erfolg gehabt, wie alle bisherigen Volkskriege — ich erinnere an die Kriege des englischen Parlaments unter Cromwell gegen Karl II., an den Unabhängigkeitskrieg der Vereinigten Staaten gegen England, an die Kriege der französischen Revolution gegen das monarchische Europa, an die Befreiungskriege gegen Napoleon, an den Secessionskrieg in den Vereinigten Staaten — eine neue Kriegstaktik zu lehren. Es ist charakteristisch, daß gerade die nichtmilitärischen Fachleute die neuen Bahnen zeigen; das ist besonders in den letzten 40 Jahren durch zwei Volkskriege glänzend bewiesen worden, durch den großen amerikanischen Krieg der sechziger Jahre und jetzt durch den Boerenkrieg. Alle übrigen Kriege zusammengenommen bis zum letzten Spaziergang nach China haben für die militärische Wissenschaft nicht so viel Ausbeute geliefert in Bezug auf Aenderung der Technik und Taktik wie diese beiden Kriege. Das hat man eingesehen und in Folge dessen neuerdings die Manöver in der Gegend von Mainz nach Boerenmanier eingerichtet. Muß man aber die künftigen Kriege nach Boerenmanier führen, dann müssen die Soldaten auch nach Boerenmanier uniformirt sein. Das hat einer der ersten Generale der französischen Armee, General Négrier, kürzlich offen in einer militärischen Revue ausgesprochen. Er sagt, es hilft Alles nichts, mit der mili-

tärischen Romantik ist es zu Ende, die schönen Uniformen wären in einem Kriege unser größtes Unglück. Wir Sozialdemokraten haben das seit 15 Jahren im Reichstag gesagt, aber da hat man uns ausgelacht, verspottet und verhöhnt und jetzt müssen sich die Herren selbst zu dieser Ansicht bekennen. Finanziell würde das schließlich eine große Ersparniß bedeuten, wenn auch die erste Anschaffung kostspielig ist. Sie sehen auch daraus, welche Ausgaben in den nächsten 5 Jahren an den Reichstag herantreten werden.

Der Militärpensions-Etat wächst von Jahr zu Jahr, die Zahl der völlig dienstuntauglichen Offiziere, die pensionirt werden, nimmt von Jahr zu Jahr um so und soviel zu. Für den Friedensbedarf sind diese Leute unbrauchbar, aber wenn es zum Krieg kommt, sind sie wieder brauchbar. Auf alle Fälle haben wir die erhöhten Pensionskosten zu zahlen. Diese sind von 1890 bis jetzt für Heer und Marine von 37 700 000 auf 72 600 000 M. gewachsen, also eine Zunahme von rund 35 Millionen oder nahezu 100 Proz. Nun aber klagen die Offiziere darüber, daß mit den jetzigen Pensionssätzen nicht mehr zu leben sei. Erst dieser Tage traten pensionirte Offiziere in Dresden zu einer Versammlung zusammen, (Zuruf), ja, streiken können sie nicht mehr (Heiterkeit), man hat sie ja zur Arbeitslosigkeit verdammt, und sie vermehren die Zahl der Arbeitslosen. (Heiterkeit.) Also die Offziere können mit den Unterhaltungskosten nicht mehr auskommen und der Staatssekretär hat schon eine Aenderung des Pensionsgesetzes für nöthig erklärt. Werden die Pensionen nur um 15 Proz. erhöht, so bedeutet das eine Mehrausgabe von 12 Millionen per Jahr und diese Ausgabe steigert sich in demselben Maße, wie der Pensionsetat auf Grund der bestehenden Einrichtungen wächst, und dieser wächst, wie ich Ihnen zeigte, sehr rasch.

Dazu kommt, daß mit den vermehrten Schulden auch der Etat der Reichsschulden-Zinsen wächst, der für Armee- und Marinezwecke in den letzten zwölf Jahren bereits von 30 auf 76 Millionen, also um mehr als 100 Proz. gestiegen ist. Die Bedürfnisse des Reichs werden in den nächsten Jahren voraussichtlich so zunehmen, daß selbst die Einnahmen aus den höheren Schutzzöllen, wenn sie durchgehen sollten, kaum zu ihrer Befriedigung ausreichen dürften. Nebenbei treten natürlich auch gar nicht zurückzuweisende Kulturaufgaben an das Reich heran. So wächst der Reichszuschuß zur Arbeiter-Versicherung von Jahr zu Jahr. All das müssen wir in Betracht ziehen, um uns zu vergegenwärtigen, wie die Dinge stehen. Damit sind wir aber noch nicht am Ende. Die Marine hat namentlich in den letzten Jahren in Folge der einfach skandalösen Handlungsweise des Zentrums — man mag über die Nationalliberalen sagen, was man will, aber einen so schmählichen Verrath wie ihn das Zentrum in der Flottenvorlage begangen hat, kennt die Geschichte nicht, — ich sage, die Marine hat von 1889—1902 eine Ausgabenvermehrung von 51 auf 217 Millionen aufzuweisen (Hört! hört!) und diese Steigerung der Flottenausgaben wächst von Jahr zu Jahr immer mehr. Auch neue Flottenpläne sind noch vorhanden. Ich erinnere Sie an den Tirpitz-Erlaß, worin mit dürren Worten gesagt ist: falls im Winter 1904/05 die finanziellen und innerpolitischen Verhältnisse des Reichs dies irgendwie gestatten, werde man den Versuch machen müssen, in der vorzulegenden Begründung zur Flottennovelle die planmäßige Entwickelung der Indiensthaltungen in den Jahren 1906 bis 1910 dem wachsenden Schiffsbestand und dem zu beschaffenden Berufspersonal anzupassen und zu diesem Zwecke eine ausreichende Steigerung der fortdauernden Ausgaben in den Berechnungen vorzusehen! Aus diesem Erlaß haben wir geschlossen, daß man dem Reichstag nicht die volle Wahrheit gesagt hat, als die letzte Flottenvorlage von demselben berathen wurde, und die Zukunft wird lehren, daß wir Recht hatten. Ebenso steht fest, daß die Auslands-Schlachtflotte eine Flotte von großen Panzern wird, das wird wieder die einmaligen und dauernden Ausgaben vermehren. Nachdem wir einmal den Spaziergang nach China gemacht haben, um christliche Zivilisation und Religion

dorthin zu tragen, haben wir auch dort erhöhte dauernde Ausgaben. Wir haben gegenwärtig auf absehbare Zeit eine Mehrausgabe von 20 Millionen, die nicht in die Kriegskosten eingerechnet sind, neben 12 Millionen für Kiautschou. Diese Ausgaben stehen im ärgsten Mißverhältniß zu dem Ergebniß unseres Handels mit China. Der chinesische Handel wird von Jahr zu Jahr geringer, unsere Ausfuhr nach Kiautschou belief sich 1900 noch über 5 Millionen M., aber sie wurde hauptsächlich hervorgerufen durch die Ausfuhr von Kriegsbedürfnissen und Eisenbahnmaterial. Die Einfuhr von Kiautschou belief sich 1900 auf lumpige 82 000 M. (Hört! Hört!) und 1901 auf 21 000 M. Im nächsten Jahre haben wir möglicherweise garnichts mehr (Heiterkeit) und das soll eine der aussichtsvollsten Kolonien des Reiches sein!

Und wie steht es mit der Weltpolitik! Bei den Berathungen der Flottenvorlagen haben wir immer gesagt: Ihr glaubt wohl, wie Ihr heute auf dem Festlande mit Eurer Armee die erste Geige spielen zu können vermeint, so werdet Ihr auch auf dem Meere es fertig bringen, England gegenüber die erste Geige spielen zu können? Man hat bestritten, daß unsere Flottenrüstungen sich gegen England richteten. Heute kann man es nicht mehr bestreiten. Zwar treten die Leiter unserer Politik England gegenüber in der zuvorkommendsten Weise auf. Ich erinnere nur an die Dekorirung des Lord Roberts mit dem Schwarzen Adlerorden und an die Einladung der englischen Generale zu den diesjährigen Manövern. Als man das sah, hätte man wirklich einen Augenblick glauben können, wir hätten uns in unserer Auffassung über die Zwecke unserer auswärtigen Politik geirrt. Freilich sind diese Liebesbezeugungen nichts Neues. Wir haben dasselbe Nordamerika und Rußland gegenüber gesehen. Man kommt Rußland sogar in politischer Beziehung — ich erinere nur an die Ausweisungen — in einer Art entgegen, daß auch heute das Wort am Platze ist, das einst die „Kölnische Zeitung" gegenüber Bismarck prägte: man übt sich im Wettkriechen vor Rußland. (Sehr gut.) Wir werden über diese Dinge im Reichstag noch ein Wort mit einander zu reden haben. Also nach allen Seiten hin Austausch von Liebenswürdigkeiten in Hülle und Fülle, so daß man glauben könnte, es sei Alles aufs Schönste bestellt und man sich wohl fragen darf: Wozu denn trotzdem diese kolossalen militärischen und maritimen Rüstungen? (Sehr richtig!) Sehr bezeichnend ist das Telegramm des deutschen Kaisers an den Zaren: der Admiral des Atlantischen Ozeans an den Admiral des Stillen Ozeans. Was mögen England, was die Vereinigten Staaten beim Lesen dieses Telegramms denken! Glaubt man vielleicht, daß man die jetzige größte Seemacht der Welt und die werdende Großmacht jenseits des Ozeans von der Karte streichen kann? (Sehr gut!) Solche und ähnliche Vorkommnisse müssen nothwendiger Weise Mißtrauen in unsere Politik in der ganzen Welt hervorrufen. (Sehr richtig!) Wären wir nicht in Europa in einem wirthschaftlichen und militärischen Zustande, der die Verantwortung für einen Krieg zu einer furchtbaren macht, wo die Folgen eines großen europäischen Krieges geradezu entsetzlich sein würden, so wären solche Vorgänge sehr wohl geeignet, bedenkliche politische Verwickelungen herbeizuführen. Vor allen Dingen aber wird sich der deutsche Reichstag zu fragen haben, ob er angesichts so klar ausgesprochener Tendenzen die bisherige Weltmachtspolitik unterstützen will. Wir müssen auch nach dieser Richtung hin auf dem Posten sein. Freilich, an den entscheidenden Stellen läßt man sich weder irre machen, noch einschüchtern. Roosevelt hat wiederholt die Gelegenheit benutzt, den Völkern Europas die Monroe-Doktrin ins Gedächtniß zu rufen, d. h. die Auffassung, daß auf dem amerikanischen Kontinent andere Mächte nichts zu sagen haben. Wir sind auch nicht eher nach Haiti gegangen, bevor wir nicht wußten, daß man in Washington nichts dagegen einzuwenden hätte. Gegen Haiti tritt man anders auf als gegen Rußland. (Sehr richtig!)

Weitere hohe Zuschüsse erfordert auch die Kolonialpolitik. Es gab auch unter uns Männer, die glaubten, aus der Kolonialpolitik könne etwas werden. Aber

die deutsche Kolonialpolitik hat sich weit unglücklicher entwickelt als selbst ich, einer der größten Pessimisten in dieser Frage, es je für möglich gehalten hätte. Unsere ganz Kolonialpolitik ist ein Debacle (Sehr wahr!) Sagt doch selbst Peters, der noch vor wenigen Jahren einer ihrer fanatischsten Vertreter war, daß in der durch seinen Einfluß geschaffenen Kolonie Ostafrika nichts zu machen sei. So ist es auch mit den meisten anderen Kolonien. Wir haben den Spaniern für 17 Millionen Mark die Mariannen-, Karolinen-, Ladronen- und Pallau-Inseln abgekauft, d. h. einige hundert kleiner Inseln und Inselchen, die im Stillen Ozean zerstreut liegen und keinerlei Werth, weder politischen noch wirthschaftlichen, haben. Wie können die Spanier lachen, sie haben ein vorzügliches Geschäft gemacht, während wir zu den Zinsen noch jährlich so und so viele Zehntausende für Verwaltungs- und Unterhaltungskosten in den Stillen Ozean werfen. (Heiterkeit.) Auch in Samoa, das so lange Jahre Gegenstand des Streites war, stehen die Erfolge im Widerspruch zu den Opfern. Wir haben den großen Zug nach dem Osten gemacht, um christliche Zivilisation in China zu verbreiten, und nun stellt sich heraus, daß wir bei uns viel chinesischer sind als die Chinesen. (Heiterkeit.) Ehe-Ordnungen, wie sie heute in Preußen bestehen, kennt man selbst in China nicht. (Sehr gut!) Die Regierungen geben selbst zu, daß die Kolonialpolitik in Ostafrika nahezu hoffnungslos geworden ist, sie setzen ihre letzten Hoffnungen auf die Zentralbahn. Bringt diese aber nicht die erhofften Erfolge, dann sind alle Aussichten, die gebrachten Opfer auch nur ersetzt zu erhalten, geschwunden, das gab selbst der bayrische Bundesratsbevollmächtigte Herr von Stengel in der Budgetkommission zu. (Hört! hört!)

Es erwachsen dem Reiche aus all den schon vorhandenen Einrichtungen und den neuen, die in Aussicht stehen, Mehrausgaben in den nächsten Jahren von neuen Hunderten von Millionen, so daß selbst die Mehreinnahmen aus dem neuen Zolltarif kaum reichen dürften und man noch zu neuen Steuern kommen wird. Diese Mehrausgaben erwachsen aber nicht für Kultur fördernde, sondern für Kultur hemmende Zwecke. (Sehr richtig!) Es müssen also die Wähler auf dem Posten sein und dafür sorgen, daß sie die richtigen Männer nach Berlin senden.

Aber auch wir haben unsere Forderungen im neuen Reichstag anzumelden. Wir verlangen, daß endlich auch für die Arbeiterklasse ganz anders gesorgt wird, als bisher. (Sehr richtig!) Vor Allem ist bei der in Aussicht stehenden Reform der Krankenversicherung die Anwesenheit zahlreicher Sozialdemokraten im Reichstage eine dringende Nothwendigkeit. (Sehr richtig!) Die Arbeitslosen-Versicherung wird nicht mehr von der Tagesordnung verschwinden; wie sie schließlich gelöst werden wird, weiß freilich heute kein Mensch. Es ist ferner möglich, daß wenigstens gegen Ende der neuen Legislaturperiode die Reform des Strafgesetzbuches und der Strafprozeß-Ordnung in Angriff genommen werden wird. Auch das ist ein Gegenstand von eminenter Wichtigkeit für die Sozialdemokratie wie für die Allgemeinheit überhaupt. Die Frage der Vereinheitlichung der Versicherungs-Gesetzgebung wird nicht von der Tagesordnung verschwinden. Weiter wird die Fraktion mit aller Energie auf die endliche Anerkennung der Gewerkschaften hinarbeiten müssen. Die deutsche Arbeiterklasse muß endlich das erlangen, was die Arbeiter anderer Länder längst erlangt haben. Andere wichtige Fragen sind die Erringung eines Einflusses der Arbeiterklasse auf die Gewerbe-Inspektion, ferner die Regelung der Hausindustrie, die Schaffung eines Normalarbeitstages. Wenn wir die Gesetzgebung zwingen könnten, das Prinzip des Normalarbeitstages anzuerkennen, sei es auch des zehnstündigen, so wäre das als ein großer Fortschritt anzuerkennen. (Sehr wahr!) Nach wie vor wird es sich ferner darum handeln, die Soldatenmißhandlungen zu erörtern, die Auslegung und Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechts den Arbeitern gegenüber zu kritisiren, mit gewissen richterlichen Urtheilen ins Gericht zu gehen, wir werden

die Ausweisungen zu besprechen haben; kurz, wir werden alles Unrecht und alle Gewalt, die bis heute nicht aufgehört haben, in Deutschland regierende Faktoren zu sein, zur Sprache bringen und auf Abhilfe dringen müssen. Insbesondere muß auch ein Reichs-Vereins- und Versammlungsrecht, die Sicherung der vollen Koalitionsfreiheit erstrebt werden.

Für all das ist eine möglichst starke sozialdemokratische Fraktion absolut nothwendig. Angesichts dieser Aufgaben haben wir die dringendste Pflicht, ungesäumt, ohne auch nur einen Tag zu zögern, in die Wahlagitation einzutreten, vor allem in die Wahlorganisation. Seit den letzten Wahlen ist glücklicher Weise das Verbindungsverbot gefallen, wir müssen also jetzt in allen Wahlkreisen, soweit irgend das Menschenmaterial dafür vorhanden ist, Vereine gründen, Verbindungen schaffen und Vertrauenspersonen wählen, die die Bindeglieder für die Agitation bilden. Wir müssen die Geldsammlungen betreiben. Ich bitte Euch, Parteigenossen, dringend, rechnet nicht auf die große Kriegskasse in Berlin, sie ist nicht sehr gefüllt, das habt Ihr gehört, aber wenn auf dem nächsten Parteitage unser Berichterstatter in die gleiche Lage kommen sollte, wie ich auf dem Parteitage in Halle 1890 nach dem Fall des Sozialistengesetzes, woselbst ich mittheilen konnte, daß wir drei Tage nach der Wahl viel reicher waren als vor der Wahl, dann um so besser! Jedenfalls sollten die Wahlkreise die Kosten nach Möglichkeit selbst aufbringen. Die Erfahrungen im Jahre 1898 haben uns gezeigt, daß in einzelnen Kreisen ganz unverantwortlich viel verbraucht wird, daß wir uns bisweilen bezüglich der Ausgaben wie Großkapitalisten benehmen und nicht wie Proletarier. (Sehr richtig!) Ich habe jüngst die Akten des Ausschusses der sozialdemokratischen Arbeiter-Partei aus dem Jahre 1870, dem Jahre der Kriegswahlen, studirt. Geld war so gut wie gar nicht vorhanden. Da liest man daß der eine Wahlkreis 5 Thaler, der andere 10 empfangen habe. Allerhöchstens wurden 20 Thaler gegeben. Heute können wir damit natürlich nicht auskommen, aber wir haben uns doch an eine zu großspurige Weise im Geldausgeben gewöhnt. (Lebhafte Zustimmung.) Auch wird meines Erachtens zuviel Papier verbraucht, öfter ließe sich mit der Hälfte der Flugblätter auskommen. (Sehr richtig!) Ein anderes haben wir allmälig ganz verlernt, und da müssen wir wieder an die guten Traditionen der vorsozialisten-gesetzlichen Zeit anknüpfen. Die Agitation für unsere Organisationen und unsere Presse muß mit dem Wahlkampf verknüpft werden. Früher war es guter Brauch, daß jeder Redner am Schluß seiner Rede mit der Aufforderung an die Versammelten schloß, sich der Partei-Organisation anzuschließen, wozu Gelegenheit gegeben wurde, und auf unsere Blätter zu abonniren; es wurden Probenummern vertheilt und Zettel mit der Aufforderung zum Abonnement, und oft mit dem besten Erfolg. In dem bevorstehenden Wahlkampfe werden wir in unseren Versammlungen Millionen von Frauen und Männern sehen. Es müßte doch sonderbar zugehen, wenn wir dabei nicht 100—200 000 neue Zeitungs-Abonnenten herausschlagen sollten. (Lebhafter Beifall.)

Daß wir keine Bündnisse bei der Hauptwahl schließen, versteht sich von selbst. (Bravo!) Wir treten, wie bisher, immer selbstständig auf und wenn wir in in einem Kreise auch nur zehn Stimmen bekommen. Erst bei den engeren Wahlen, insofern wir bei denselben ausgefallen sind, haben wir uns zu fragen, wer von den übrig bleibenden Kandidaten für uns wählbar ist. Parteigenossen! Geben wir uns keinen Illusionen hin. Der Kreis derjenigen bürgerlichen Kandidaten, die wir, auch wenn wir noch so bescheiden in unseren Forderungen sind, wählen dürfen, wird mit jeder Legislaturperiode kleiner. Wenn etwas zeigt, daß die Klassengegensätze sich nicht abschwächen, sondern schärfer werden, dann sind es die Wahlen. (Sehr richtig!) Wir müssen unsere Bedingungen ständig herabsetzen, weil wir sonst überhaupt niemand finden, für den wir bei den Stichwahlen noch stimmen können. Das Zentrum fällt ganz aus, kein Zentrumsmann darf eine Stimme von uns er-

halten bei den nächsten Wahlen. (Lebhafte Zustimmung.) Früher war das anders. In und kurz nach der Kulturkampfperiode war das Centrum noch demokratisch oder that wenigstens so. Das ist mittlerweile anders geworden. Jetzt ist es Regierungspartei und mit die reaktionärste aller Parteien. Es bewilligt alle Militär- und Flottenvorlagen, es schwärmt im schneidendsten Widerspruch mit den Lehren des Christenthums, zu denen es sich äußerlich bekennt, für die höchsten Brod-, Fleisch- und Lebensmittelzölle und erschwert damit unbarmherzig und mitleidslos dem armen und kleinen Manne die Existenz bis zur Unerträglichkeit. In den sozialen Fragen und in den Fragen des Arbeiterschutzes verfolgt es die Politik der Zweideutigkeiten und ist nur für Halbheiten zu haben. Die Nationalliberalen fallen ebenfalls aus, und zwar in der Hauptsache aus den gleichen Gründen wie das Zentrum. Auch die Nationalliberalen sind die eifrigsten Unterstützer der Militär- und Marinepolitik, auch sie gehören mit zu den Lebensmittelvertheurern und sind im Uebrigen kurz gesagt die Vertreter der großkapitalistischen Interessen. Auch Konservative und Antisemiten kommen nicht in Betracht; ja, heute entsteht die Frage: ob wir alle Kandidaten der Freisinnigen Volkspartei und der Süddeutschen Volkspartei bei Stichwahlen wählen dürfen. (Lebhafte Zustimmung.) Bei den Verhandlungen über den Zolltarif stellt sich leider heraus, wie wenig Verlaß auf die Freisinnigen ist — leider — denn uns wäre eine starke liberale Partei, die quasi als Puffer zwischen uns und der Rechten stände, nur angenehm. Im württembergischen Landtage sitzen 6 Volksparteiler, die für Erhöhung der Lebensmittelzölle sind. Dürfen wir für solche Leute bei den Stichwahlen stimmen, nur weil sie sich Volksparteiler nennen?

Ich habe mich bei den Bedingungen für die Stichwahl-Unterstützung in meiner Resolution auf das Nothwendigste beschränkt. Die Ihnen vorliegende Resolution giebt die unerläßlichsten Bedingungen an, die gegnerische Kandidaten erfüllen müssen, falls wir für sie bei der Stichwahl eintreten sollen: sie müssen eintreten für uneingeschränkte Aufrechterhaltung des bestehenden Reichstags-Wahlrechts, gegen die Erhöhung der bestehenden Zölle auf Lebensmittel; — falls wir sagen wollten, daß sie überhaupt gegen Lebensmittelzölle stimmen müßten, so fänden wir keinen einzigen bürgerlichen Kandidaten, den wir unterstützen könnten. (Sehr richtig!) Eine weitere Bedingung ist, daß die Kandidaten eintreten gegen jede neue indirekte Steuer oder eine Erhöhung der bestehenden auf Konsumartikel der großen Masse der Bevölkerung, ferner gegen jede Ausnahmegesetzgebung und gegen jede Verschlechterung des bestehenden Rechtszustandes, endlich gegen jede neue Militär- und Marinevorlage, die höhere Kosten erfordert. Ich möchte Sie dringend bitten, den Kreis der Forderungen nicht zu erweitern, das hätte keinen Sinn und Zweck; wir werden froh sein müssen, wenn auf diese Forderungen hin Kandidaten vorhanden sind, die wir unterstützen können. Auch diese Thatsache zeigt, wie so viele andere, die ich in meinem Vortrag erwähnte, wie die Zustände im Deutschen Reiche täglich unerträglicher werden und wie heute allein die Sozialdemokratie es ist, die man als die wahre Kulturträgerin der Zukunft ansehen kann. Nur wir allein kämpfen unentwegt für den Fortschritt der Menschheit auf allen Gebieten, nur wir allein erheben das Banner für die höchsten Ziele, die die Menschheit kennt!

Wenn Ihr von diesem Standpunkte aus Eure Aufgabe auffaßt, Parteigenossen, so seid Ihr die Macht, die hämmert jung das alte morsche Ding, den Staat, Ihr, die Ihr von Gottes Zorne seid, das Proletariat!

Parteigenossen! Schließt die Reihen! Auf zum Kampf! Auf zum Sieg! (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Druck: Vorwärts Buchdruckerei Paul Singer & Co., Berlin SW. 68, Lindenstr. 69.